

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

14. Dezember 1953

75/A.B.
zu 88/JAnfragebeantwortung

Bezugnehmend auf die Anfrage der Abg. Dr. G r e d l e r und Genossen vom 3. Dezember 1953, betreffend willkürliche Einkommensschätzung durch die Finanzbehörden, teilt Bundesminister für Finanzen Dr. K a m i t z mit, dass das Bundesministerium für Finanzen bereits im April d.J. die nachgeordneten Behörden angewiesen hat, wesentliche Abweichungen von den Steuererklärungen zuungunsten des Steuerpflichtigen Punkt für Punkt dem Steuerpflichtigen zur vorherigen Ausserung mitzuteilen.

Die vorliegende Anfrage wird zum Anlass genommen, die nachgeordneten Behörden neuerlich auf diese Verpflichtung hinzuweisen.

-.-,-.-,-